

Kassenplan: 380 Millionen Euro fehlen noch

Magdeburg (js) • Sachsen-Anhalts Landesregierung wird ihre Haushaltsplanung für 2017/18 voraussichtlich mit einer Finanzierungslücke von etwa 380 Millionen Euro für beide Jahre abschließen. Dieses Defizit („globale Minderausgabe“) müssen die Ministerien im laufenden Geschäft durch Einsparungen noch schließen. Die Ministerrunde hat sich gestern über die Etatzahlen verständigt und will am kommenden Dienstag den Entwurf verabschieden.

Ab November berät der Landtag. Dessen Handlungsoptionen sind wegen der ohnehin vorhandenen Lücke arg begrenzt: Neue Ausgaben wären nur mit Kürzungen an anderer Stelle oder durch verbesserte Einnahmen wie eine höhere Grunderwerbssteuer finanzierbar. Voraussichtlich im Februar 2017 wird der Doppeletat beschlossen.

Die Regierung sieht eine deutliche Ausgabensteigerung von aktuell 11 Milliarden Euro auf gut 11,2 Milliarden Euro (2018: 11,3 Mrd. €) vor. Die Personalkosten werden im nächsten Jahr um 100 Millionen Euro steigen. Das Land will vor allem mehr Lehrer und Polizisten einstellen. Mehr Geld gibt es auch für Kommunen, Straßen und ein Umweltschutzprogramm. Bei den Flüchtlingskosten (240 Millionen Euro) fordert das Land eine stärkere Entlastung vom Bund.

Meldung

Unbekannte legen in Asylunterkunft Feuer

Halberstadt (dl) • Nach der schweren Brandstiftung in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber in Halberstadt ermittelt die Polizei nun gegen unbekannt. Nach neuesten Erkenntnissen seien der oder die Täter über ein Baugerüst zum Fenster des betroffenen Zimmers gelangt und hätten es aufgehebelt, so ein Polizeisprecher. Anschließend hätten sie ein im Zimmer gefundenes Laken in Brand gesetzt. Der zunächst gegen einen 20 Jahre alten Afrikaner bestehende Verdacht habe sich nicht bestätigt. Wer den Brand gelegt hat, ist unbekannt. Die Polizei ermittelt in alle Richtungen.



60 000 Touristen schauen auf den Brocken hinab

Wernigerode (dpa/os) • Sachsen-Anhalts höchsten Gipfel, der Brocken, können die Harzer Touristen auch aus der Höhe betrachten. Und sie müssen dazu keine Ballonfahrt unternehmen, sondern nur eine Aussichtsturm besteigen. Im Miniaturepark „Kleiner Harz“ in Wernigerode sind mehr als 60 Sehenwürdigkeiten des Harzes im Maßstab 1:25 zu sehen, darunter der Halberstädter Dom und der Brocken.

Der „Mini-Harz“ ist nur in den warmen Monaten zu besichtigen, im Winter werden die Modelle abgebaut und restauriert. Am 31. Oktober geht die achte Saison zu Ende. Etwa 60 000 Besucher werden den Park in diesem Jahr dann besucht haben, informierte der Parkbetreiber. Das seien etwa genauso viele wie im Vorjahr. Das aktuell größte Projekt ist eine acht Meter lange Nachbildung des Schaubergwerks Rammelsberg bei Goslar. Foto: dpa

Die Verwaltung lässt arbeiten

Immer mehr Aufgaben werden ausgelagert / Hunderte Millionen Euro gehen an Investitionsbank

Der Landtag wird am Donnerstag einen Untersuchungsausschuss zu Beraterverträgen einrichten. Es wird dabei auch um die Frage gehen, warum das Land immer mehr Aufgaben auslagert.

Der Untersuchungsausschuss

Der Landtag wird einen Untersuchungsausschuss einrichten. Dazu liegt ein Antrag der AfD vor. Diese will vor allem die Vorgänge um einen Vertrag des Finanzministeriums mit der Investitionsbank unter die Lupe nehmen.

Vor Abschluss von Beraterverträgen, Gutachten und Studien über 5000 Euro muss die Staatssekretärskonferenz informiert werden. Bei Summen über 20 000 Euro muss der Finanzausschuss zustimmen.

Der Rechnungshof hat Beraterverträge, Gutachten und Studien geprüft, die zwischen 2010 und 2013 vergeben wurden. Volumen: 36,9 Millionen Euro. Etwa 70 Prozent der Aufträge wurden freihändig und oft am Parlament vorbei vergeben. (bo)

Von Michael Bock
Magdeburg • Sachsen-Anhalt hat seit Januar 2014 insgesamt 45 Geschäftsbesorgungsverträge mit der Landes-Investitionsbank (IB) geschlossen, drei weitere sind gegenwärtig geplant. Die über mehrere Jahre laufenden Verträge umfassen ein Gesamtvolumen von mehr als 140 Millionen Euro. Darunter fällt zum Beispiel die Verwaltung von EU-Förderprogrammen. Das geht aus einer kleinen Anfrage der Linken-Abgeordneten Kristin Heiß hervor.

In neun von 45 Fällen wurde nicht untersucht, ob die Landesverwaltung oder eine andere Institution die Aufgabe wirt-

schaftlicher hätte erledigen können. Aber: Ein Landtagsbeschluss von 2012 stellt klar, dass Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vor der Übertragung von Aufgaben an die Investitionsbank „unverzichtbar“ sind.

Finanzpolitikerin Heiß sagte: „Es wird etwas Licht in die Blackbox Investitionsbank ge-

worfen. Es wird deutlich, wie teuer uns der jahrelange Personalabbau im öffentlichen Dienst zu stehen kommt. Fraglich ist, ob die Erledigung dieser Aufgaben mit eigenem Personal genauso viel gekostet hätte.“

Der Landesrechnungshof hatte der IB bereits in einem Prüfbericht 2010 Intransparenz

vorgeworfen, wodurch den Ministerien eine wesentliche Grundlage für ein effektives Controlling fehle.

Die Linke fordert die Regierung jetzt auf, eigene Fachkompetenzen in der Landesverwaltung zu stärken. Heiß: „Die IB muss wieder auf ihre Kernkompetenzen im Bankgeschäft zurückgeführt werden.“ In einem Antrag für die Landtagssitzung heißt es, das Personalkonzept müsse überprüft und „insbesondere in jenen Bereichen mit überdurchschnittlich hohen Fremdvergabequoten wirksam nach oben korrigiert werden“.

Die Verlagerung eigentlicher Verwaltungsaufgaben erfolgt seit Jahren. Das Land hat seit 2006 allein mit der Investitionsbank 185 Geschäftsbesorgungsverträge abgeschlossen. Nach Angaben der IB erfolgte in 54 Fällen eine Unterbeauftragung Dritter bzw. externer Partner. „Dies beinhaltet über die Beauftragung der FörderService GmbH der Investitionsbank Sachsen-Anhalt

und damit der Tochter der IB.“ Zahlen zum Gesamtvolumen nannte die IB nicht. Spitzenreiter bei der Vergabe der Geschäftsbesorgungsverträge seit 2006 war das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (72), gefolgt vom Finanzministerium (47) und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (24).

Der Rechnungshof will – beginnend mit dem Jahr 2004 – alle Geschäftsbesorgungsverträge, die Beraterleistungen enthalten, kontrollieren.

Am Donnerstag wird ein Untersuchungsausschuss eingerichtet. Dieser soll sich auch mit einem Geschäftsbesorgungsvertrag des Landes mit der IB über 6,3 Millionen Euro befassen. Diesen hatte Wirtschaftsminister Jörg Felgner (SPD) 2013 als Finanzstaatssekretär unterzeichnet, ohne den Landtag einzubinden. Geprüft werden soll insbesondere, ob die Weitergabe eines Großteils dieses Auftrags (4,4 Millionen Euro) an das ISW (Halle) rechtlich zulässig war.

Meldungen

Polizei sucht nach Entflohenem

Magdeburg (os) • Der am Wochenende aus dem Maßregelvollzug Bernburg geflüchtete Straftäter wird von der Polizei jetzt mit einer öffentlichen Fahndung gesucht. Der 26-jährige Christian Heidecke wird unter Einfluss von Drogen als hochgefährlich eingestuft. Er soll sich möglicherweise im Harzgebiet aufhalten, vermutet die Polizei. Er ist 1,75 Meter groß und etwa 98 kg schwer. Heidecke hat dunkelblonde, kurze Haare und zahlreiche Tätowierungen am ganzen Körper. Verurteilt wurde er wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls in elf Fällen. Informationen zum Aufenthaltsort nehmen das Polizeirevier Salzlandkreis (Tel. 03471-3790) oder andere Dienststellen entgegen.



Die Polizei sucht den als gefährlich eingestuften Straftäter Christian Heidecke. Foto: Polizei

In die Hecke gerast

Polizei jagt Auto 30 Kilometer durch die Börde

Magdeburg (dpa) • Die Magdeburger Polizei hat in der Nacht zum Dienstag einen Autofahrer nach einer 30-Kilometer-Verfolgungsjagd in Dahlewnarsleben gestoppt. Der 36-Jährige ohne gültigen Führerschein war mit

bis zu 180 km/h unterwegs, stand unter Drogeneinfluss und benutzte gestohlene Kennzeichen. In Dahlewnarsleben raste er in eine Hecke. Auf seiner Flucht zu Fuß konnte ihn die Polizei schließlich stellen.

Abwasserstreit steht vor Entscheidung

Landesverfassungsgericht befasst sich am 18. Oktober mit umstrittenen Beitragserhebungen

Dessau-Roßlau (dpa) • Tausende Hausbesitzer sind mit teils gepfefferten Rechnungen für Abwasseranschlüsse aus den 1990er Jahren konfrontiert. Der Streit schwelt schon lang – nun sind die Verfassungsrichter am Zug. Das Landesverfassungsgericht wird sich am 18. Oktober mit den umstrittenen Abwasserbeiträgen befassen.

Die Linke-Landtagsfraktion hat einen Normenkontrollantrag zur zeitlichen Obergrenze für die Erhebung der sogenannten Altanschlüssebeiträge gestellt. Wie ein Gerichtssprecher am Dienstag in Dessau-Roßlau sagte, wird es binnen drei Monaten nach der Verhandlung dann einen Verkündungstermin geben.

Bescheide für Anschlüsse aus den 1990er Jahren

Zahlreiche Zweckverbände hatten Ende vergangenen Jahres noch Gebührenbescheide für Anschlüsse aus den 1990er Jahren verschickt. Der Streit um die teils saftigen Gebührenbescheide kochte so hoch,



Das Klärwerk Calbe ist ein Beispiel für den hohen Investitionsbedarf von Zweckverbänden. Das Werk reinigt das Abwasser von Calbe, Barby und Nienburg. Foto: Andreas Pinkert

dass die Politik eingriff. Das Innenministerium forderte im Januar die Abwasserverbände in einem Erlass auf, die alten Gebühren vorläufig nicht einzutreiben. Es sollten zunächst alle rechtlichen Fragen geklärt werden. Im Juni dann entschied der Landtag, dass Zweckverbände und Kommunen auf die Eintreibung des Geldes verzichten könnten, bis die Frage der Rechtmäßigkeit

höchststrichlich geklärt ist. Verbindlich war beides nicht.

Hintergrund des Beitragsstreits ist, dass viele Zweckverbände teure Leitungen und Kläranlagen gebaut hatten, zunächst aber auf die Eintreibung der Kostenanteile der Grundstückbesitzer verzichteten. Kurz vor Ablauf einer Verjährung wurden dann aber vergangenes Jahr Zehntausende Kostenbescheide verschickt.

Die Justiz hat sich auch schon mehrfach mit dem Thema beschäftigt: Im Februar dieses Jahres etwa hatte das Oberverwaltungsgericht in Magdeburg den Zweckverbänden den Rücken gestärkt und die Beiträge als rechtmäßig eingestuft. Das Bundesverfassungsgericht urteilte anders und erklärte eine Reihe von Bescheiden aus Brandenburg für unwirksam.

Hänger mit Trauben kippt zweimal um

Freyburg (dpa) • Gleich zweimal hintereinander ist ein mit Weintrauben beladenes Gespann im Burgenlandkreis umgekippt. Dem Traktor samt Hänger wurden zwei Kreisverkehre auf der Bundesstraße 180 bei Freyburg zum Verhängnis, wie die Polizei mitteilte. Im ersten Zwischenfall kippte der erste Hänger um und verteilte die Ladung auf der Straße. Die Aufräumarbeiten sorgten zwei Stunden lang für Behinderungen. Einige Weintrauben seien schon etwas flüssiger gewesen, die Fuhrer aber noch einmal aufgeladen worden, sagte eine Polizeisprecherin. Doch ein zweiter Unfall im nächsten Kreiselfeld machte den süßen Früchten den Garaus. Wieder schwankte der Hänger und kippte um. Warum das Gefährt in die Schräglage geriet, ist unklar.

Mit uns auf Schatzsuche!

Volksstimme

LESER QUIZ

1. Preis

Peugeot 2008 im Wert von 17.930 Euro

Mitmachen & gewinnen!
Beim großen Volksstimme Leser-Quiz vom 24.09. bis 08.10.2016!

2. Preis

Möbel-Einkaufsgutschein im Wert von 6.000 Euro zur Wahl

3. Preis

2 E-Bikes im Gesamtwert von 5.950 Euro